

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD



» REIHE: 100 JAHRE AWO
Wie aus dem Nichts:
Neubeginn nach Kriegsende

» AUS DEM LANDTAG
Landtags-SPD fordert runden
Tisch mit Expert*innen

VOLLES LEBEN STATT LEERE KASSEN!

WIR STÄRKEN KOMMUNEN

Liebe Leserinnen
und Leser,



Finger weg vom Mindestlohn! Aus den Reihen der Union gibt es Bestrebungen, den Mindestlohn abzusenken oder zumindest eine Erhöhung im kommenden Jahr auszusetzen. Das ist schäbig. Erst wird den Kassierinnen, Pflegekräften und Paketzustellern vom Balkon aus applaudiert, um ihnen dann eine kleine Lohnerhöhung vorzuenthalten. Wertschätzung sieht anders aus.

Auch ökonomisch wäre eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro angesagt. Das setzt in dieser wirtschaftlich schwierigen Corona-Zeit zu einem wichtigen Konjunktur- und Nachfrageimpuls und sorgt zum anderen für eine bessere soziale Absicherung. Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld hängen in ihrer Höhe unmittelbar am Verdienst der Beschäftigten. Und wer im Krisenfall und Alter ordentlich abgesichert sein will, der braucht eben auch einen ordentlichen Lohn, der zum Leben reicht.

Euer

Thorsten Brehm



aus dem SPD-PARTEIVOSTAND

Das öffentliche Leben findet dort statt, wo man zu Hause ist: in den Städten und Gemeinden. Mit guten Schulen und Kitas. Im Sportverein, dem Schwimmbad, der Bibliothek. Mit einem guten Angebot von Bussen und Bahnen – und von sozialen

Einrichtungen. Die meisten öffentlichen Investitionen kommen aus den Kommunen. Wenn sie ausbleiben, sinkt ein Stück weit die **Lebensqualität der Menschen** – und dämpft die **Konjunktur vor Ort**.

Und nicht nur durch die Corona-Krise können immer weniger Städte und »

WIEDER AUS DEM NICHTS: NEUBEGINN NACH KRIEGSENDE

von KERSTIN GARDILL

„In allen großen Städten ist die Arbeiterwohlfahrt wieder rührig am Werk. Einstmals eine große stolze Organisation der arbeitenden Menschen, für die notleidenden Schwestern und Brüder, wurde sie von Nazis ausgeraubt und unterdrückt. Schwer ist der Anfang. Aus dem Nichts, auf Spenden in- und ausländischer Freunde gestützt, beginnt die Arbeiterwohlfahrt wieder ihr schweres Werk: Tätige Mitwirkung bei der Durchführung von Maßnahmen der Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge und Jugendpflege. Maßnahmen der Gesundheitspflege durchführen helfen, zusätzliche Hilfe für Unfallverletzte, Invaliden und Arbeitsunfähige und die diesen gleichgestellten Wehrdienstbeschädigten und der Hinterbliebenen.“

So lautete die Beschreibung des SPD-Nachrichtenblattes zum Neubeginn der Arbeiterwohlfahrt nach Kriegsende. Für uns mag die Formulierung der Tätigkeitsfelder heute etwas sperrig klingen, doch sie verdeutlicht die große Bandbreite der durch die Arbeiterwohlfahrt geleisteten Hilfestellungen. Und: Zu den Gruppen, die schon während der Weimarer Zeit Unterstützung brauchten, kamen nun neue dazu: Invaliden, Arbeitsunfähige, Wehrdienstbeschädigte, Hinterbliebene und die Flüchtlinge aus den östlichen Gebieten.

Konkrete Hilfe

Trotz der enormen Herausforderung und den kaum bestehenden Strukturen leitete die Arbeiterwohlfahrt gleich konkrete Hilfsmaßnahmen ein. Der damalige Geschäftsführer der Nürnberger AWO, Georg Jareis, gibt uns in seinem Bericht vom November 1946 einen Einblick in die Zeit des Neubeginns: „Nach den Einmarsch der alliierten Truppen in unsere Stadt nahm die Arbeiterwohlfahrt ihre Tätigkeit wieder auf, und zwar nach den gleichen Grundsätzen und erweiterten Aufgabengebieten. (...) Der Aufbau der Organisation erfolgte aus dem Nichts. Einrichtungen und Geldmittel waren nicht vorhanden. Es musste aus diesem Grunde beim Stadtrat Nürnberg ein Anlauf-Zuschuss beantragt werden, welcher auch bewilligt wurde.“ Dieser Zuschuss versetzte die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt in die Lage tatkräftig am Aufbau des sogenannten Frankenhilfswerkes mitzuarbeiten. Der damalige Regierungspräsident von Mittel-

und Oberfranken, Dr. Reichardt, hatte dazu aufgerufen, um die Lage der hunger- und notleidenden Bevölkerung zumindest etwas zu verbessern. Die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt schaffte es, 50 Prozent der gesamten Sammlerinnen und Sammler für die Spendensammlungen zur Verfügung zu stellen. Jareis schrieb dazu: „Das Sammelergebnis hat vollauf befriedigt und [sic!] konnten hohe Beträge für die Zwecke der allgemeinen Fürsorge ausgeworfen werden. Mit demselben Prozentsatz an Kräften wurde die angesetzte Kleidersammlung durchgeführt.“

Es fehlte an allem

Solche Kleidersammlungen waren ohne Übertreibung lebensnotwendig für viele Menschen, vor allem für die sogenannten „Ausgebombten“ und die Flüchtlinge. Sie besaßen meist nicht mehr als das was sie am Leibe trugen. Ebenso wie an Kleidung fehlte es häufig an Brennstoff. Auch hier griff die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt helfend ein und verteilte Gutscheine, für die Notleidende unentgeltlich eine bestimmte Menge an Brennstoff erhielten. Eines der größten Probleme aber war – wie schon nach Ende des Ersten Weltkrieges – der Hunger. Deswegen versuchte die Nürnberger AWO so rasch wie möglich, Massenspeisungen zu organisieren. Die Ernährungslage war für viele Menschen vor allem im Winter 1945/46 extrem schwierig. Die erste Massenspeisung gelang bereits am 15. Januar 1946. In der ganzen Stadt gab es Essensausgabestellen für die Hilfesuchenden. Laut Jareis stieg die Zahl der Essensteilnehmer innerhalb von kürzester Zeit von 385 auf 8000 Menschen an. Auch kleine Betriebe, die ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten, aber keine eigene Werkküche betreiben konnten, griff die AWO helfend unter die Arme und belieferte sie aus der AWO-eigenen Großküche.

Glückliche Kinder

Weihnachten 1945 war für diejenigen Kinder, die auch während der Bombenangriffe in der Stadt geblieben waren, ein ganz besonderes Fest. Kein Sirenengeheul, keine Bomben, kein Rennen in den Luftschutzkeller. Kurz: Es war endlich ein Weihnachten ohne Angst und Schrecken. Die Nürnberger AWO sorgte dann zusätzlich dafür, dass 6000 Kinder im Rahmen der Frankenhilfe beschenkt werden konnten. Georg Jareis schreibt in seinen Erinnerungen von vielen,



Bertold Kamm (Geschäftsführer AWO Nürnberg und dann Landesvorsitzender der AWO-Bayern) in Mitten von Kindern.

vielen strahlenden Kinderaugen. Die Belange der Kinder standen nach wie vor ganz oben auf der Agenda der Nürnberger AWO und ihr gelang es – und das muss ein unglaublicher Kraftakt gewesen sein – schon 1946 zwei Kindergärten (darunter den Kindergarten Bauernwald) und einen Kinderhort in Wöhrd zu eröffnen. An der Planung eines weiteren Kindergartens und Hortes wurde zusätzlich gearbeitet.

Erholung

Ein weiteres Ziel war, Kindern eine erholsame Zeit zu ermöglichen. Auch das wurde schon 1946 umgesetzt. Georg Jareis schreibt dazu: „Die Kinder der Arbeiterwohlfahrt wurden zur Wiederherstellung ihrer vollen Gesundheit und zur Erholung nach Hersbruck, Dinkelsbühl und Geroldshofen geschickt. Um eine Erholung möglichst vielen Kindern zu Teil werden zu lassen, errichtete die Arbeiterwohlfahrt auf dem Feuerstein bei Ebermannstadt ein Zelterholungslager. Dort verbrachten 450 Kinder 4 Wochen in ungebundener Freizeit, jedoch unter Aufsicht von Helferinnen und Helfern. Es konnte bei den zum größten Teil unterernährten Kindern eine sehr erhebliche Gewichtszunahme festgestellt werden.“ Weiter plante die AWO Nürnberg die baldige Eröffnung eines Kindererziehungsheim auf Schloss Rauschenberg bei Dachsbad im Landkreis Neustadt an der Aisch, in dem 80 Kinder Platz haben sollten.



Außen- und Innenansicht des Jugendheimes Loni-Übler.



Ankunft von Flüchtlingen in Schafhof.



Postkarte des Kindererholungsheimes in Mimberg.

Die Nähstuben öffnen wieder

Auch die Nähstuben nahmen ihre Arbeit wieder auf: Sieben davon öffneten im Jahr 1946 wieder ihre Türen. Und sie waren wichtiger denn je, da es gerade den Kindern nach wie vor an passender Kleidung fehlte. Die Näherinnen arbeiteten also Wäsche- und Kleidungsstücke so um, dass sie sich für die hilfsbedürftigen Kinder eignete. Eine dieser Nähstuben nahm eine ganz andere Funktion ein: Hier wurde eine

Kunstwerkstatt eröffnet, die den Flüchtlingen aus Oberschlesien und dem Sudetenland Beschäftigung geben sollte. Schon im November 1946 wurden die künstlerischen Werke im Flüchtlingslager, in Nürnberg Schafhof, ausgestellt.

Gelungener Neubeginn

Dass der Wiederaufbau der Nürnberger AWO besser hätte nicht starten können, sah auch Jareis am Ende seines Berichts – zu-

gleich wusste er aber natürlich auch, dass noch zahlreiche Zukunftsaufgaben vor ihm lagen: „Mit gutem Gewissen kann behauptet werden, dass die Arbeiterwohlfahrt auf allen Gebieten der privaten Wohlfahrtspflege vorbildlich und mit Erfolg gearbeitet hat. Sie wird dies auch in Zukunft tun in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Fürsorge. Deshalb hat sie in weiten Kreisen der Hilfsbedürftigen der Stadt Nürnberg Achtung und große Anerkennung gefunden.“ >>



Das Müttererholungsheim in Vorra.

In der Tat – das was die Nürnberger AWO in den ersten Monaten nach Kriegsende auf die Beine gestellt hat, ist mehr als beachtlich. So bot sie zusätzlich zu den Massenspeisungen bald auch regelmäßig Schulspeisungen an. Neben Erholungsangeboten für Kinder gab es bald auch Erholungsfürsorge für Mütter und für Kriegsheimkehrer.

Organisatorischer Neubeginn

Neben der Bewältigung konkreter Hilfestellungen stand die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt auch vor organisatorischen Herausforderungen:

Die Arbeiterwohlfahrt war seit ihrer Gründung eine Unterorganisation der SPD. In Nürnberg wurden bei ihrer Gründung 1920 30 Ortsvereine gebildet, die, ebenso wie bei der SPD, von einer Vorsitzenden beziehungsweise einem Vorsitzendem geleitet wurden. Mit dem Kriegsende von 1945 ordneten die Alliierten an, dass politische Parteien keine Wohlfahrtsorganisationen unterhalten dürfen, weil sie sich ausschließlich auf politischem Gebiet zu betätigen haben. Deswegen musste die soziale Betreuung in einer eigenen, politisch

unabhängigen, Wohlfahrtsorganisation geschaffen werden. In Nürnberg wurden daher zuerst die Ortsvereine wieder gegründet, die mit der neuen Satzung nun als „Ortsverbände“ bezeichnet wurden. Diese Ortsverbände waren nach wie vor keine rechtsfähigen Vereine, sondern bestanden selbständig fort. Um zentrale Aufgaben für das gesamte Stadtgebiet wahrnehmen zu können, wurde am 11. Juli 1947 ein Dachverband gegründet: Das war die Geburtsstunde des Kreisverbandes der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt, der bis heute besteht. Der Landesverband der AWO-Bayern gründete sich erst über drei Jahre später, am 23. September 1950.

Drei neue Einrichtungen

Die strukturellen Veränderungen hinderte die Nürnberger AWO nicht daran, weiter in hohem Tempo zu arbeiten. Jetzt ging es darum, zusätzliche Einrichtungen zu schaffen. Und das gelang auch: 1951 konnte das Loni-Übler-Wohnheim für Jugendliche in der Marthastrasse 60 eröffnet werden, das auch einen Kindergarten beherbergte. Schon zwei Jahre später folgte das Müttererholungsheim in Vorra und 1955 das Kindererholungsheim in Mimbarg. „Wachsende Aufgaben – wachsende Leistungen“ heißt es in der Festschrift zum 50. Jubiläum der Nürnberger AWO. Diesem Anspruch ist sie in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende mehr als gerecht geworden.

GEMEINSAM VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Mit 600.000 Euro unterstützt der Bund die Sanierung der Nürnberger Stadtmauer im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms. Das ist nur ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Bundes- und kommunaler Ebene. Zusammenarbeit und die Übernahme von Verantwortung sind gerade in Zeiten von Corona gefragt. Dabei geht es um weit mehr, als nur um den Schutz vor dem Virus und den Schutz der Arbeitsplätze.

Mit der Kooperationsvereinbarung wird die SPD weiter die Stadt mitgestalten und übernimmt Verantwortung. Natürlich geht es nicht nur um die Stadtmauer, für deren Förderung wir Sozialdemokraten uns in Stadt und Bund gemeinsam eingesetzt hatten. Der Bund unterstützt eine Vielzahl von Programmen und Projekten in Nürnberg. Allein im letzten Jahr sind über drei Millionen Euro aus der Städtebauförderung nach Nürnberg geflossen. Die SPD hatte in der Großen Koalition eine erhebliche Aufstockung der Mittel durchgesetzt. Finanziert werden zum Beispiel Parks, Plätze, Stadtgrün und Quartiersmanagement. Die Liste der Bundesmittel, die in Nürnberg ankommen, ist noch viel länger: Schulsanierung, Kita-Ausbau und Sprachförderung in Kitas, Elektrobusse für einen emissionsfreien ÖPNV, Zuschüsse für die Integration von

Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung, Teilhaberberatung für Menschen mit Behinderung, die Migrationsberatung für Erwachsene. Alles Themen und Initiativen der SPD.

Gerade in Zeiten von Corona ist die Zusammenarbeit wichtig. Bund, Länder und Kommunen müssen Hand in Hand arbeiten, damit das Virus sich nicht weiter ausbreitet und gleichzeitig die Betriebe und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Da es keinen Impfstoff gibt und unklar ist, wann einer zur Verfügung steht, müssen wir Wege finden, mit dem Virus zu leben. Zwar gibt es hier bereits erste Schritte: Jeweils unter Beachtung der Hygieneregeln öffnen Geschäfte ganz sowie Schulen und Pflegeheime (für Besucher) teilweise. Aber noch nicht alle Fragen sind abschließend geklärt. Wir haben noch keine Antwort darauf, wie wir die gesellschaftliche Teilhabe von Älteren, Menschen mit Behinderung und besonders Gefährdeten trotz des Virus sicherstellen. Oder auf die Frage, wie eine Hochzeit mit vielen Gästen gefeiert werden kann. Wie und mit welchen Hygienekonzepten kann sicheres Reisen in Zeiten von Corona aussehen?

Ich finde es gut, dass die SPD auch in Nürnberg solche Fragen weiter beantworten und weiter die Stadt und unser Zusammenleben in Nürnberg gestalten will. Unsere

Stärke ist es, Verantwortung zu übernehmen. Es ist schade, dass die Grünen dazu nicht bereit waren. Das zeigt aber auch die Unterschiede zwischen den Parteien auf. Es ist keine Kunst oder Heldentat, Dinge zu fordern. Das kann Jeder. Erst wenn es um das Umsetzen geht, trennt sich die Spreu vom Weizen. Die eigentliche Bewährungsprobe ist es, tatsächlich Verantwortung zu übernehmen. Die Grünen sind insofern auch ein mahnendes Beispiel, indem sie zunehmend auf wohlklingende, „kompromisslose“ Forderungen setzen. Das mag attraktiv klingen – es endet aber stets im Nichts.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit der SPD-Stadtratsfraktion und über die Möglichkeit, dass wir nun gemeinsam weiter Ideen für unsere Stadt entwickeln, um die Stadt noch lebenswerter, noch sozialer und – ja – auch grüner zu machen. Auf absehbare Zeit wird uns zudem auf allen politischen Ebenen das Corona-Virus weiter beschäftigen. Hier geht es um mehr als den Schutz der Gesundheit und den Schutz von Arbeitsplätzen. Es geht auch um gesellschaftlichen Zusammenhalt und darum, dass keine Menschen isoliert werden. Einsamkeit, das hat Thorsten Brehm schon vor der Pandemie treffend festgestellt, ist eines der unterschätztesten Probleme unserer Zeit. Nie war das so aktuell wie in Zeiten von Corona. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen sich abkoppeln oder abgekoppelt werden. Auch das wird – nicht nur in Nürnberg – eine wichtige Aufgabe für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sein.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss, Andreas Mittelmeier, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift:

der springende punkt

Karl-Bröger-Str. 9

90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare





**LANDTAGS-SPD
FORDERT
RUNDEN TISCH
MIT EXPERT*INNEN**

Arif Tasdelen mit dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags Markus Rinderspacher bei einem Schulbesuch.

LEHRERMANGEL AN BAYERISCHEN SCHULEN:

PIAZOLO WILL PENSIONIERTE LEHRER*INNEN IN DEN SCHULDIENTST ZURÜCKHOLEN

von ARIF TASDELEN, MdL

Laut Berechnungen des Bayerischen Kultusministeriums werden im kommenden Schuljahr an den Grund-, Mittel- und Förderschulen im Freistaat rund 1.400 Lehrkräfte fehlen. Um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten, hat der Kultusminister zu Beginn dieses Jahres im Alleingang Maßnahmen wie die Erhöhung der Stundenkontingente und die Abschaffung des vorgezogenen Ruhestands vorgeschlagen. Diese Maßnahmen haben wir als falsch und ungenügend kritisiert. Auch die GEW und der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband kritisierten diese Maßnahmen scharf.

Nun kam Ende April die nächste Hiobsbotschaft aus dem Bayerischen Kultusministerium: Der Bayerische Kultusminister möchte pensionierte Lehrkräfte zurück in den Schuldienst holen und hat dafür rund 8.000 pensionierte Lehrer*innen angeschrieben. Freiwillige Rückkehrer*innen sollten sich bei den Schulämtern melden.

Auch diese Maßnahme ist aus unserer Sicht aus mehreren Gründen falsch:

> Diese Lehrer*innen gehören aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters der Risikogruppe an. Angesichts der Corona-Pandemie wäre es unverantwortlich sie unkalkulierbaren Risiken auszusetzen. Das hat auch mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn zu tun.

> In den letzten Monaten haben wir gesehen, wie es um die Digitalisierung an unseren Schulen bestellt ist. Die Digitalisierung wird die größte Aufgabe unseres Bildungssystems sein. Wir werden sie sicher nicht mit pensionierten Lehrer*innen, die mit digitalen Medien für die Nutzung im Unterricht nicht vertraut sind, meistern können. Sollen wir wirklich pensionierten Lehrkräften Tablets, Whiteboards und Onlineunterricht zumuten?

Dieser nicht durchdachte Vorstoß zeigt, dass der Kultusminister mit dieser Aufgabe überfordert ist. Deshalb habe ich als zuständiger Sprecher für den öffentlichen Dienst vorgeschlagen, dass sich der Minister endlich Sachverstand von Expertinnen und Experten einholt, die tag-

täglich die „Schulbank“ drücken. Ein Runder Tisch mit Gewerkschaften, Lehrer*innenverbänden und Personalvertretungen soll zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung an bayerischen Schulen eingesetzt werden.

Diesen Vorschlag haben die Fraktionen der CSU, Freien Wähler und AfD im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes leider abgelehnt, obwohl die Gewerkschaften und Lehrer*innen diese Maßnahme unterstützt hatten. Es ist sehr schade, dass richtige und sinnvolle Vorschläge nur deshalb abgelehnt werden, weil sie von der Opposition kommen. Es ist zu befürchten, dass der Minister in ein paar Wochen merkt, dass seine Maßnahmen ins Leere laufen und doch einen Runden Tisch einberufen will. Aber dann sind wichtige Wochen verstrichen und der Schulbeginn im September ist schneller da als ihm lieb ist. Diese „Machtspiele“ auf Kosten unserer Kinder auszutragen, ist kein guter Politikstil und mit uns Sozialdemokrat*innen nicht zu machen. Deshalb werden wir nicht aufhören, den Finger in die Wunde zu legen.

HASS UND HETZE IM NETZ – WAS TUT DIE POLITIK?

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Hass und Hetze im Internet, sogenannte Hate Speech, sind ein Phänomen, dem wir schon länger gegenüberstehen. Im Mai wurde das Problem erneut im Landtag thematisiert. Ich habe für die SPD-Landtagsfraktion dazu in der Plenarsitzung gesprochen und möchte auch hier nochmal die Gelegenheit nutzen, auf das Problem hinzuweisen und aufzuzeigen was bereits getan wird und was es noch zu tun gibt.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass aus Hass und Hetze immer häufiger Gewalt wird und dass auf Worte Taten folgen. Die Täter haben im Internet noch zu oft das Gefühl, dass ihre Taten für sie keinerlei Folgen für sie haben und nicht entschieden verfolgt werden. Viele Opfer entwickeln deshalb eine dicke Haut und lernen, über Beleidigungen und Bedrohungen hinwegzulesen. Leider bleibt es aber nicht immer bei Worten. Grausame Hassverbrechen wie der Mord an Walter Lübcke und die rassistischen Anschläge in Hanau und Halle waren das Ergebnis einer Radikalisierung und Enthemmung im Netz. Den Taten gingen Volksverhetzungen, Beleidigungen und Bedrohungen im Internet voraus. Hate Speech hat auch Folgen für die Opfer. Im Internet werden andere Meinungen und Positionen unterdrückt, Betroffene ziehen sich aus dem Diskurs zurück, weil sie sich damit allein gelassen fühlen. Das geht so weit, dass Betroffene ihre Arbeit im Ehrenamt oder in der Politik einstellen, weil sie sich nicht mehr anders gegen Hass und Hetze zu wehren wissen. Hate Speech trifft ehrenamtliche Stadträte und Bürgermeister, sie trifft Aktive in Vereinen und Bürgerinitiativen. Jeder fünfte Kommunalpolitiker erhielt bereits eine Morddrohung, 80% aller Kommunalpolitiker wurden bereits online beleidigt.

Die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat deshalb ein Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität auf den Weg gebracht. Mit diesem Gesetz soll effektiveres Vorgehen gegen



Volksverhetzung und Bedrohungen im Netz ermöglicht werden. Konkret sollen Online-Plattformen wie Facebook nicht nur verpflichtet werden, Hate Speech zu löschen, sondern schwere Fälle direkt an das Bundeskriminalamt zu melden. Außerdem sollen die Strafen für Bedrohungen erhöht werden. Das Kabinett hat dem Entwurf bereits zugestimmt, der Bundestag muss noch abschließend darüber beraten.

Auch der Freistaat Bayern hat bereits Maßnahmen ergriffen. Bei allen 22 Staatsanwaltschaften in Bayern wurden Sonderdezernate zur Bekämpfung von Hass im Internet geschaffen. Außerdem ist Bayern das erste Bundesland mit einem Hate-Speech-Beauftragten, der die Arbeit der Sonderdezernate koordiniert und in gravierenden Fällen selbst ermittelt. Besonders freut mich, dass für Kommunalpolitiker die Möglichkeit geschaffen wurde, online direkt Anzeige zu erstatten. Durch einfachere Anzeigen kann so Waffengleichheit mit den Tätern hergestellt werden. Die SPD setzt sich im Landtag dafür ein, dass diese Möglichkeit ausgeweitet wird, damit auch alle anderen einfach und schnell Anzeige erstatten können. An manchen Stellen ist Bayern bereits Vorreiter,

was uns als SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich freut. Einiges können wir uns aber noch von anderen Bundesländern abschauen und da legen wir im Landtag den Finger in die Wunde. Zum Beispiel gibt es in Hessen eine zentrale Meldestelle für Hass und Hetze, an die sich Betroffene wenden können. Wir wollen außerdem in Bayern die Opfer besser schützen und mehr Präventionsmaßnahmen auf den Weg bringen. Zur Bekämpfung von Hate Speech wollen wir die Sicherheitsbehörden und die Justiz besser ausstatten – sowohl mit Personal als auch mit technischen Mitteln. Diese Punkte habe ich für die SPD in der Plenarsitzung des Landtags eingebracht – diese Debatte wird in den kommenden Wochen und Monaten in den zuständigen Ausschüssen intensiviert.

Nicht zuletzt ist es die Aufgabe von uns allen, uns Hate Speech entgegenzustellen. Beleidigungen, Diffamierungen, Volksverhetzung und Bedrohungen muss auch online klar entgegengetreten werden. Alle Bürgerinnen und Bürger können hier aktiv werden, indem sie selbst reflektieren, wie sie kommunizieren und indem sie andere auf ihre Sprache aufmerksam machen und klare Verstöße melden.

LIVE-STREAMS STATT GROSSER DEMOS – DER 1. MAI IN ZEITEN VON CORONA



von LINDA REINKE

Der 1. Mai ist einer der Höhepunkte des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Jahres. Auch auf den 1. Mai 2020 haben wir uns wie jedes Jahr gemeinsam mit unserem Bündnispartner*innen im Jugendbündnis über ein halbes Jahr vorbereitet und die Forderungen der politisch linken und gesellschaftlich engagierten Jugend formuliert und waren bereit, mit ihnen auf die Straße zu gehen. Doch wie so vieles wurde auch der 1. Mai überschattet von Corona, Social Distancing und der Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Zum ersten Mal standen wir nicht Seite an Seite in einer Einheit, wie sie sich sonst selten zeigen lässt unter linken Gruppen, Verbänden und Parteien.

Corona hat die Brisanz unsere Forderungen noch betont und ihnen eine neue Aktualität gegeben. Unter dem Motto „Who cares? – we do!“ haben wir dieses Jahr unbezahlte Care-Arbeit im Privaten und die schlechte Bezahlung von Care-Berufen in den Mittelpunkt gerückt.

Frauen* wird in unserer Gesellschaft von Geburt an beigebracht, dass sie sich

kümmern sollen. Sie ergreifen Pflegeberufe, arbeiten als Reinigungskräfte und erfüllen diese Aufgaben zusätzlich oder in Vollzeit unbezahlt in der Familie und im eigenem Haushalt.

Was jetzt plötzlich systemrelevant ist, hält unsere Gesellschaft schon lange am Laufen. In Zeiten der Corona-Pandemie wird es nur besonders deutlich: Zum großen Teil sind es Frauen*, die zu Hause wie in den Kitas Kinder betreuen, sie verkaufen an der Supermarktkasse das Essen, pflegen Alte und Kranke. In den letzten Wochen gab es dafür manchmal Applaus von den Balkonen und auch das eine oder andere dankende Wort von Politiker*innen. Mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen sind in den Care-Berufen aber trotzdem nicht in Sicht.

Wer in einem systemrelevanten Beruf arbeitet kann häufig nur schwer oder hat gar keine Möglichkeit diesem von zu Hause aus dem Home-Office nach zu gehen und so sich vor einem möglichen Kontakt mit Infizierten zu schützen. Vielmehr sind sie in ihrem beruflichen Alltag von Risikopatienten, Kranken, Kindern oder kurz gesagt, Menschen umgeben. Aus Solidarität, gesundem Men-

schenverstand und Selbstschutz war für uns klar, dass eine klassische Demo oder jede andere Form der Versammlung dieses Jahr nicht der richtige Rahmen sein kann unsere Forderungen zu präsentieren.

Unser gemeinsamer Kampf muss und darf nicht an äußeren Umständen scheitern. Wie in so vielen Bereichen im privaten wie beruflichen Alltag müssen wir auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit und Protestformen auf den digitalen Raum zurückgreifen. Deshalb haben wir uns nicht am Kornmarkt, sondern online in Live-Streams getroffen, Transparente an Balkone gehängt und waren laut in unseren Stadtteilen um zu fordern:

- > die Gleichstellung aller Geschlechter
- > eine gesetzliche Partner*innenfreistellung vor und nach der Geburt bei voller Lohnfortzahlung
- > eine flächendeckende Tarifbindung
- > höchstens eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- > die Anrechnung privater Care-Arbeit zur Rente
- > eine angemessene Wertschätzung systemrelevanter Arbeiten, beginnend mit besserer Bezahlung



DOKUMENTATION ZU EHEMALIGEM KZ-AUSSENLAGER AM SÜDFRIEDHOF

von NORBERT SCHNEIDER

Die SPD-Ortsvereine Siedlungen Süd und Gartenstadt haben den „Bunten Tisch Gartenstadt und Siedlungen Süd“ (BTG) mitgegründet, um ein Zeichen gegen Rassismus und Neonazis zu setzen. Damals waren Neonazis in den Stadtteilen sehr aktiv.

Aus den Aktivitäten des BTG ergaben sich Hinweise auf ein ehemaliges KZ-Außenlager in der Nähe des Südfriedhofes. Über Kontakte zu Historikern, Medien und Zeitzeugen entstand ein genaueres Bild von dem KZ-Außenlager, in dem vor allem jüdische Frauen aus Ungarn als Zwangsarbeiterinnen für die damaligen Siemens-Schu-

ckertwerke in Nürnberg untergebracht waren. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten in Bayern, dem Dokumentationszentrum und Historikern wurden auf dem ehemaligen Gelände Gedenkstelen errichtet. Für diese Stelen hat die Wohnungsgenossenschaft Sigmund Schuckert eG das Grundstück zur Verfügung gestellt und die Siemens AG die Kosten übernommen.

Um den Opfern der Nazi-Diktatur zu gedenken und die Hintergründe für das System der KZ-Lager zu verstehen, hat der BTG zusammen mit dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und Geschichte Für Alle e.V. eine Dokumentation

zum ehemaligen KZ-Außenlager herausgegeben. Darin wird auf 132 Seiten von verschiedenen Autor*innen die Geschichte des Lagers, das Schicksal der Insassinnen sowie Hintergründe und Zusammenhänge zum KZ-System im „Dritten Reich“ erläutert. Es stellt somit ein wichtiges Dokument zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Nürnberg dar.

Das Buch „Von Auschwitz nach Nürnberg – Das KZ-Außenlager der Siemens-Schuckertwerke“ ist im Nürnberger Sandberg-Verlag erschienen und im Buchhandel zum Preis von 14,80 Euro erhältlich. ISBN 978-3-96486-003-3



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Die Geschäftsstelle der SPD Nürnberg hat wieder geöffnet!

Die Öffnungszeiten im Juni sind:

Montag	09.30 – 17.00 Uhr
Dienstag	geschlossen
Mittwoch	12.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag	09.30 – 17.00 Uhr
Freitag	09.30 – 15.00 Uhr

Wir bitten vorab um eine telefonische Anmeldung unter 0911 438960.

Mieterbüro der SPD Nürnberg

09.06.2020, 17.00 – 19.00 Uhr

Wilhelm Riepekohl Sitzungsraum, Karl-Bröger-Zentrum
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

23.06.2020, 17.00 – 19.00 Uhr

Wilhelm Riepekohl Sitzungsraum, Karl-Bröger-Zentrum
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg



Aufgrund der weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen müssen auch im Juni einige der geplanten Parteitermine ausfallen.

Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter www.spd-nuernberg.de.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nürnberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser der
Rathausdepesche,



die Städte leisten derzeit einen wesentlichen Beitrag zum Krisenmanagement und dafür, das Land am Laufen zu halten, gerade im Gesundheits- und Sozialsektor. Es muss deshalb dafür gesorgt werden, dass sie handlungsfähig bleiben und die dafür erforderlichen Finanzmittel haben. Deshalb braucht es einen Rettungsschirm für Kommunen.

Die Corona-bedingten Mindereinnahmen im Stadthaushalt belaufen sich auf schätzungsweise 148 Mio. Euro. Dabei sind die der städtischen Beteiligungen wie Messe, Flughafen, Klinikum und VAG noch gar nicht mit einberechnet.

Angesichts dieser Zahlen brauchte es dringend Hilfe aus Berlin und München. Wir können uns keine Vollbremsung bei den Investitionen leisten. Mir müssen dringend neue Schulen und Kita-Plätze bauen. Manch ein Vorhaben kann man auf der Zeitachse vielleicht etwas nach hinten schieben, die Projekte im Bereich von Bildung und Betreuung aber sicher nicht. Auch wäre aus konjunkturellen Gründen alles andere als ratsam, jetzt auch noch die Bauwirtschaft auszubremsen. Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände sollten sich deshalb bald an einen Tisch setzen, um über die Finanzierung der Krisenfolgen zu beraten.

Ihr

Thorsten Brehm

Die SPD-Fraktion geht mit neuer Aufstellung in die Amtsperiode 2020-2026



Der neu gewählte Fraktionsvorstand v.l.n.r.:
Anja Pröß-Kammerer, Thorsten Brehm, Claudia Arabackyj.

Nach den Kommunalwahlen vom März geht die SPD-Fraktion mit einer neuen Führung und nun mehr 18 Fraktionsmitgliedern in die neue Amtsperiode des Stadtrats. Bereits im Vorfeld der Wahlen hatten zahlreiche Fraktionsmitglieder ihren Rückzug aus der Kommunalpolitik angekündigt – darunter langgediente Fraktions“urgesteine“ wie Gerald Raschke (30 Jahre im Stadtrat) und Renate Blumenstetter (36 Jahre), aber auch langjährige Sprecherinnen und Sprecher und geschätzte Fachpolitikerinnen und -politiker wie Sonja Bauer für den Bereich Soziales, Anita Wojciechowski, Sprecherin im Bereich Gesundheit und lange Jahre zuständig für die Feuerwehren, Ruth Zadek, die in der Kulturpolitik viele Jahre das Gesicht der Fraktion war oder Ilka Soldner, unsere „Südstadt-Stadträtin“, die sich insbesondere um die Kinderrechte u.a. als langjährige Vorsitzende der Kinderkommission verdient gemacht hatte. Aber auch einige der neuen

Gesichter von 2014 hatten sich gegen eine erneute Kandidatur entschlossen, namentlich Daniela Hüttinger, Hans Russo, Eva Bär und Antonio Fernandez. Dass es (erneut) ein großer Umbruch werden würde, hatte sich abgezeichnet. Angesichts des Wahlergebnisses schieden nun auch die bisherigen Stadträte Claudia Karamatsos, Werner Gsaenger und Aynur Kir aus. Sie alle hinterlassen große Lücken. Allen Ausgeschiedenen gilt der große Dank und die Anerkennung für ihr Engagement für die Stadt und die SPD-Fraktion.

Trotz der Einschränkungen durch Corona konstituierte sich die SPD-Stadtratsfraktion neu. Die des Stadtrats fand am 11. Mai statt. Ende April wählte die Fraktion einstimmig Thorsten Brehm zum neuen Vorsitzenden. Seine Stellvertreterinnen sind die bisherige Fraktionsvorsitzende Anja Pröß-Kammerer und Claudia Arabackyj. >>



Thorsten Brehm gratuliert Christian Vogel zur Wahl als 3. Bürgermeister.



Elisabeth Ries wurde am 11.5. als neue Sozialreferentin vereidigt.

Für die SPD wurde außerdem in der ersten Sitzung des neuen Stadtrats Christian Vogel mit einem sehr guten Ergebnis von 56 Stimmen zum 3. Bürgermeister gewählt. Sein Aufgabengebiet bleiben auch künftig die Bereiche SÖR, Tiergarten, Stadion, Feuerwehr und Katastrophenschutz und der ADN. Der Bereich der Bürgerämter wandert in das neue geschaffene Direktorium für Bürgerservice, Recht und Digitales.

Verabschieden musste sich die SPD-Stadtratsfraktion neben dem bisherigen OB Ulrich Maly auch von ihrem langjährigen hauptberuflichen Stadtrat für Soziales, Jugend und Familie, Reiner Pröbß, der ebenfalls in den Ruhestand ging. Seine Nachfolgerin ist die Sozialdemokratin Elisabeth Ries, die bereits letztes Jahr gewählt wurde und nun ihr Amt angetreten hat. Harald Riedel bleibt Kämmerer und weiterhin zuständig für das Personal, er hatte bereits im Vorfeld angekündigt, nur noch die Hälfte der Amtsperiode für das Amt zur Verfügung zu stehen. Auch für den Bau- und Planungsreferenten Daniel Ulrich hält die SPD das Vorschlagsrecht, ab 2026 wird dies nach der neuen Vereinbarung aber wieder in ein geteiltes Vorschlagsrecht zwischen SPD und CSU übergehen.

Stadträtinnen und Stadträte der Ratsperiode 2020–2026

Nasser Ahmed
Verkehrspolitischer und Sportpolitischer Sprecher



Stadtteil:
St. Peter
Gleißhammer

Zuständigkeiten:
- Verkehr
- Radverkehr
- Sport und Bäder
- Stadion
- SÖR
- VAG

Claudia Arabackyj
Stv. Fraktionsvorsitzende und Jugendpolitische Sprecherin



Stadtteil:
Maxfeld
Nordbahnhof/Vogelherd

Zuständigkeiten:
- Recht, Wirtschaft u. Arbeit
- Schule
- Jugend
- N-Ergie

Jasmin Bieswanger
Gesundheitspolitische und Pflegepolitische Sprecherin



Stadtteile:
Almoshof-Thon
Boxdorf/Buch
Großgründlach
Neunhof
Schniegling
Wetzendorf

Zuständigkeiten:
- Soziales
- Nürnberg Stift
- Gesundheit
- Bau- und Vergabe
- Stadtentwässerung/
Umweltanalytik
- Sport und Bäder
- Noris Inklusion

Dr. Ulrich Blaschke
Wirtschaftspolitischer und Sicherheitspolitischer Sprecher



Stadtteil:
Laufamholz
Zerzabelshof

Zuständigkeiten:
- Recht, Wirtschaft und Arbeit
- Kultur
- Sicherheit

Thorsten Brehm
Fraktionsvorsitzender



Stadtteil:
Eibach/Röthenbach-Maiach
Gebersdorf/Großreuth
Katzwang
Kornburg

Zuständigkeiten:
- Personal und Organisation
- Verkehr
- Stadtplanung
- VAG
- Flughafen

Harald Dix
Sprecher Frankenschnellweg



Stadtteil:
Reichelsdorf/Mühlhof
Worzeldorf

Zuständigkeiten:
- Recht, Wirtschaft und Arbeit
- Verkehr
- Service Öffentlicher Raum
- Hafen Nürnberg-Roth
- Städtische Werke
- Frankenschnellweg

Dieter Goldmann
Energiepolitischer Sprecher



Stadtteil:
Langwasser
Rangierbahnhof

Zuständigkeiten:
- Bau- und Vergabe
- Stadtentwässerung/
Umweltanalytik
- Stadtplanung
- Service Öffentlicher Raum
- Städtische Werke

Lorenz Gradl
Sprecher Service Öffentlicher Raum



Stadtteil:
Altenfurt/Fischbach/
Brunn/Moorenbrunn
Hasenbuck
Langwasser
Rangierbahnhof

Zuständigkeiten:
- Bau- und Vergabe
- Stadtentwässerung/
Umweltanalytik
- Stadtplanung
- Service Öffentlicher Raum
- Städtische Werke

Gerhard Groh
Umweltpolitischer und Bau- und Vergabepolitischer Sprecher



Stadtteile:
Hummelstein

Zuständigkeiten:
- Personal und Organisation
- Bau und Vergabe
- Stadtentwässerung/
Umweltanalytik
- Umwelt
- Abfallwirtschaft
Nürnberg
- Noris Inklusion

Elke Härtel
Sprecher Service Öffentlicher Raum



Stadtteil:
Gartenstadt
Siedlungen Süd

Zuständigkeiten:
- Soziales
- Nürnberg Stift
- Gesundheit
- Integration
- Noris Arbeit
- Städtische Werke
Nürnberg

Christine Kayser
Stadtplanungspolitische Sprecherin



Stadtteil:
Altstadt
Buchenbühl

Zuständigkeiten:
- Bau und Vergabe
- Stadtentwässerung/
Umweltanalytik
- Stadtplanung
- Umwelt
- Abfallwirtschaft
Nürnberg
- Service Öffentlicher Raum

Diana Liberova
Sozialpolitische und Integrationspolitische Sprecherin



Stadtteile:
Langwasser
Mögeldorf
Ziegelstein

Zuständigkeiten:
- Kultur
- Soziales
- Nürnberg Stift
- Jugend
- Integration
- Klinikum
- Noris Arbeit

Fabian Meissner
Wohnungspolitischer Sprecher



Stadtteil:
Hasenbuck
Gibitzenhof/Werde-
rau/Steinbühl (Süden)
Lichtenhof

Zuständigkeiten:
- Schule
- Gesundheit
- Stadtplanung
- Klinikum Nürnberg
- wbg Nürnberg

Gabriele Penzkofer-Röhrli
Personalpolitische und Frauenpolitische Sprecherin



Stadtteil:
Maxfeld
Jobst/Erlenstegen
Wöhrd

Zuständigkeiten:
- Personal- und Organisation
- Soziales
- Nürnberg Stift
- Gesundheit
- Integration
- Klinikum Nürnberg
- Noris Arbeit

Dr. Anja Pröbß-Kammerer
Stv. Fraktionsvorsitzende und Schulpolitische Sprecherin



Stadtteil:
St. Johannes
Nordostbahnhof

Zuständigkeiten:
- Schule
- Kultur

Christian Vogel
3. Bürgermeister der Stadt Nürnberg



Geschäftsbereich:
- Feuerwehr
- Tiergarten Nürnberg
- Nürnberg Bad
- Service Öffentlicher Raum
- Max Morlock Stadion

Yasemin Isabel Yilmaz
Sprecherin Digitales und Netzpolitik



Stadtteile:
Gostenhof
Schweinau/St. Leonhard

Zuständigkeiten:
- Personal und Organisation
- Soziales
- Nürnberg Stift
- Verkehr
- VAG

Michael Ziegler
Kulturpolitischer Sprecher



Stadtteil:
Muggenhof-Doos
Südwest

Zuständigkeiten:
- Kultur
- Umwelt
- Stadtentwässerung/
Umweltanalytik
- Integration

SPD und CSU unterzeichnen Kooperationsvereinbarung

Gemeinsam mit der CSU übernehmen wir in dieser schwierigen Zeit Verantwortung für die großen Linien der Stadtpolitik, lassen dabei aber genügend politischen Spielraum für eigene Initiativen und Profil. Wir wissen um die besonderen Herausforderungen, die die Corona-Pandemie mit sich bringt. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind für viele Nürnbergerinnen und Nürnberger spürbar und werden sich auch im Stadthaushalt bemerkbar machen. Diese Kooperationsvereinbarung liefert eine gute Grundlage für die Stadtratsarbeit der nächsten Jahre. Wir wollen, dass Nürnberg eine Stadt mit viel Lebensqualität bleibt. Die sozialdemokratische Handschrift in der Vereinbarung ist klar erkennbar. Uns geht es vor allem darum, dass Nürnberg für alle bezahlbar bleibt. Mehr Wohnraum zu schaffen, bleibt dabei eine der großen Zukunftsaufgaben in der Stadt. Hier wollen wir Flächenkäufe deutlich ausweiten und die wbg als kommunale Wohnungsbaugesellschaft weiter stärken. Der Investitionshaushalt für Bildung und Betreuung wird auf hohem Niveau fortgeführt. Davon profitieren vor allem die Schulen und der Ausbau der Kitas. Weiter an Stellenwert gewinnen wird der Klimaschutz und die Mobilitätswende. Wir werden die Angebote der öffentlichen Verkehrsmittel ausweiten, günstiger machen und das Straßenbahn- und U-Bahnnetz erweitern. Dazu zählt auch die Einführung eines Abos, mit dem man für umgerechnet einen Euro am Tag unterwegs ist. Zur Förderung von Nachhaltigkeitsprojekten wird



Thorsten Brehm nach Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung für die Ratsperiode 2020-2026.

zudem ein Klimafonds in Höhe von 120 Mio. Euro aufgelegt. Wir halten an der Bewerbung als Europäische Kulturhauptstadt 2025 fest und wollen auch die freie Kulturszene stärker fördern. Wichtig war uns als SPD zudem ein gemeinsames Bekenntnis zu einem liberalen und weltoffenen Nürnberg. Das heißt für uns auch, dass wir Geflüchteten, die sich integrieren und arbeiten möchten, eine Bleibeperspektive eröffnen.

Nach der Zustimmung durch Partei und Fraktion zur Vereinbarung wurde diese am 07.05. von den Fraktions- und Parteispitzen beider Parteien unterzeichnet. Die komplette Vereinbarung ist online abrufbar unter: <https://bit.ly/2ySV0bQ>

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Corona-Krisenfolgen auch kommunal abfedern

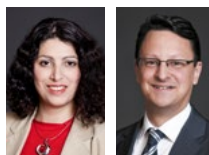
Corona stellt unser Leben gerade auf den Kopf – in unseren sozialen Kontakten, in der Familie, in der Arbeitswelt und in der Politik. In diesen Tagen wird besonders deutlich, wie wichtig ein funktionierender Staat und ein gutes Miteinander in der Gesellschaft sind.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat sich sofort nach der Kommunalwahl mit Vorschlägen zur Existenzsicherung einzelner Branchen oder zum Umgang mit Corona im Alltag beschäftigt. Wir haben z.B. Anträge gestellt zur Unterstützung der Kulturschaffenden, zur Unterstützung von Hotellerie und Gastronomie (einschließlich Zulassung erweiterter Außengastronomie), zur Hygiene an Schulen, zur Öffnung von (Außen-)Spielräumen für Kinder- und Jugendliche, zu neuen Freizeitformaten wie einem Autokino und zu den Auswirkungen für (geronto-)psychiatrische Patienten. Wir pflegen einen regen

Austausch mit vielen Gruppen in der Stadt und haben uns mit einer Aktion bei Pflegekräften bedankt. Es geht dabei nicht nur um finanzielle Hilfen, sondern auch darum, wie Gesellschaft weiterleben kann – im Kulturbereich, in der Nachbarschaft und im generellen Umgang miteinander.

Das Thema Corona wird uns noch länger beschäftigen, auch wegen der finanziellen Auswirkungen, die wir für den Stadthaushalt erwarten müssen. Die Koordination der Corona-Aktivitäten der Fraktion haben Diana Liberova und Ulrich Blaschke übernommen. Gemeinsam mit den Arbeitsgruppen der Fraktion wollen wir klare sozialdemokratische Akzente für die Stadtpolitik setzen.

Weitere Informationen:
Diana Liberova;
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion:
Anja Klier

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD